

Beschluss (vorläufig) Die Würde aller Menschen ist unantastbar!

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Als Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns für eine inklusive Gesellschaft
2 ein, in der die Würde eines jeden Menschen im Rahmen eines solidarischen
3 Miteinanders geschützt wird - in und außerhalb der Pandemie. Die Menschenwürde
4 und der Gleichheitsgrundsatz, wie sie das Grundgesetz garantieren, gelten für
5 alle Menschen gleichermaßen. In der Corona-Krise geraten diese Werte, wenn über
6 die Isolation von älteren Menschen gesprochen wird oder Gruppen gegeneinander
7 ausgespielt werden, zunehmend unter Druck. Das macht vielen Menschen Angst,
8 gerade jenen, die auch an anderen Stellen schon Erfahrungen mit
9 Diskriminierungen und Ausschlüssen machen. Menschen mit Behinderungen und
10 chronischen Erkrankungen haben den gleichen Anspruch auf Schutz ihrer
11 Grundrechte, insbesondere ihres Rechtes auf Leben und körperliche
12 Unversehrtheit, wie alle anderen Menschen auch. Angriffen auf diese Rechte
13 treten wir entschieden entgegen.

14
15 Im Rahmen der Corona-Krise hat sich auch in Deutschland eine Debatte um
16 Entscheidungsempfehlungen im Bereich der Triage, also Verfahren zur
17 Priorisierung medizinischer Hilfeleistung, insbesondere bei unerwartet hohem
18 Aufkommen an Patient*innen und objektiv unzureichenden Ressourcen, entwickelt.
19 Es muss alles getan werden, um solche Triage-Situationen bei den
20 intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten zu vermeiden. Aktuelle Empfehlungen
21 wurden unter anderem vom Forum behinderter Juristinnen und Juristen (FbJJ)
22 kritisiert.

23
24 Gerade da die Frage der Triage grundgesetzliche Garantien in starkem Maße
25 berührt, finden wir es wichtig, eine politische Debatte über Triage-Richtlinien
26 entlang unserer Grundwerte und unseres Bilds einer inklusiven Gesellschaft zu
27 führen. Wir als Partei werden hier keine direkte Maßnahmen oder den konkreten
28 Weg festlegen können. Der Länderrat begrüßt deshalb, dass die Bundestagsfraktion
29 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich dafür einsetzen wird, dass sich die zuständigen
30 Ausschüsse des Bundestags mittels öffentlicher Anhörung von Expert*innen, zu
31 denen ausdrücklich auch Vertreter*innen der Menschen mit Behinderung und älterer
32 Menschen gehören müssen, mit dem Thema Triage-Richtlinien befassen. Dieser
33 Prozess wird von der Partei, insbesondere der Bundesarbeitsgemeinschaft
34 Behindertenpolitik politisch begleitet.

35
36 Dabei gilt für uns grundsätzlich: Die Verfassung mit ihren Grundwerten der
37 Menschenwürde, des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit, des
38 Gleichheitsgebots und ihrer Diskriminierungsverbote sowie staatlichen
39 Gewährleistungs- und Schutzpflichten gilt uneingeschränkt auch in der Pandemie.
40 Entscheidungsempfehlungen zur Triage müssen diskriminierungsfrei und
41 grundgesetzkonform ausgestaltet werden. Die strukturelle Benachteiligung oder
42 den generellen Ausschluss von Personengruppen beispielsweise aufgrund von Alter
43 oder Behinderung lehnen wir ab. Eine solche Benachteiligung liefe auch Gefahr,
44 zur Grundlage für weitere Diskriminierungen nach der Corona-Pandemie zu werden.